Antrag auf Gewährung von Leistungen nach dem SGB IX

Hinweis nach § 9 Abs. 2 des Bundesdatenschutzgesetzes

Die mit diesem Vordruck erfragten Angaben werden aufgrund der §§ 60 bis 65 des Sozialgesetzbuches Erstes Buch (SGB I) erhoben.

Der Antrag ist <u>vollständig</u> auszufüllen, <u>jede Frage</u> ist zu beantworten, Nichtzutreffendes ist zu streichen! Darüber hinaus sind sämtliche Angaben zu den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere zu den Einkommens- und Vermögensverhältnissen sowie zu den geltend gemachten Ausgaben, <u>anhand von Belegen nachzuweisen</u>.



Stadt Hildesheim

- Der Oberbürgermeister -Fachbereich Soziales und Senioren Bereich 50.2 Teilhabe und Rehabilitation

Eingangsdatum:

I. Persönliche Verhältnisse

	Antragstellende Person
	männlich weiblich divers
Name	
Vorname	
Geburtsname	
Geburtsdatum	
Geburtsort	
Familienstand	Ledig
Staatsangehörigkeit	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl und Wohnort	
Ich erhalte bereits Leistungen der Eingliederungshilfe	□ nein □ ja, durch:
Telefon	
Nur bei Ausländern/Aussiedlern: Aufenthaltsrechtlicher Status	gültig bis:
Art der Aufenthaltsgenehmigung	
Schwerbehindertenausweis vorhanden? Kriegsbeschädigter/ -hinterbliebener?	□ nein □ ja (Kopie beifügen) □ nein □ ja (Kopie beifügen)

nein 🔲	ja	
☐ Pflichtversicherung☐ Familienversicherung		
☐ keiner ☐ 1 ☐ 2	□ 3 □ 4 □ 5	☐ beantragt
Bescheid vom be	ewilligt bis:	
son lehen noch folgende P	ersonen im Haushalt :	
divers	divers	divers
☐ männlich ☐ weiblich	männlich weiblich	☐ männlich ☐ weiblich
	Pflichtversicherung Familienversicherung keiner 1 2 Bescheid vom bescheid vom bescheid vom bescheid vom divers divers männlich	Pflichtversicherung freiwillige Versich Familienversicherung Privatversicherun Privatversicherun keiner 1 2 3 4 5 Bescheid vom bewilligt bis: son leben noch folgende Personen im Haushalt: divers divers männlich männlich

III. Angehörige außerhalb der Haushaltsgemeinschaft Kinder - auch aus früheren Ehen -, nichteheliche Kinder, Adoptivkinder, Eltern, geschiedene oder getrenntlebende Ehegatten/Ehegattinnen oder Partner/Partnerin aus lebenspartnerschaftlicher Gemeinschaft: divers ☐ divers ☐ divers männlich männlich weiblich ☐ männlich weiblich □ weiblich Name Vorname Geburtsdatum Verwandtschaftsverhältnis zur antragstellenden Person Familienstand Straße, Hausnummer (ggf. zuletzt bekannte) Wohnort, PLZ (ggf. zuletzt bekannter) Aktuell ausgeübter Beruf IV. Einkommen für das Vorvorjahr Es ist Einkommen vorhanden □ja ☐ nein Einkommenssteuererklärung ☐ nein □ ja ist beigefügt 2 3 4 Antragstellende Ehegatte*in/ weitere Person im weitere Person Lebenspartner*in/ Person Haushalt im Haushalt Partner*in o.ä. Name Vorname Bruttoarbeitseinkommen € € € € Leistungen der Agentur für Arbeit / Jobcenter: ☐ Arbeitslosengeld I ☐ Arbeitslosengeld II € € € € ☐ Sozialgeld ☐ Unterhaltsgeld ☐ Ausbildungsgeld € € € € ☐ Kinderzuschlag ☐ Wohngeld € € € € □ Lastenzuschuss ingen der Rententräger / Knappschaft: ☐ Altersrente ☐ Unfallrente ☐ EU-Rente* □ BU-Rente* ☐ Witwen-/Witwerrente € € € € ☐ Renten nach dem

BVG/LAG*

☐ Renten nach dem

OEG* □ Übergangsgeld

	1 Antragstellende Person	2 Ehegatte*in / Lebenspartner*in / Partner*in o.ä.	3 weitere Person im Haushalt	4 weitere Person im Haushalt
Betriebsrente	€	€	€	€
Rente aus freiwilliger Versicherung	€	€	€	€
Pensionen	€	€	€	€
Leistungen der Krankenversicherung Krankengeld Mutterschaftsgeld	€	€	€	€
Elterngeld	€	€	€	€
Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit	€	€	€	€
Miet-, Untermiet- oder Pachteinnahmen	€	€	€	€
Unterhaltszahlungen von Angehörigen	€	€	€	€
Unterhaltsvorschuss	€	€	€	€
Zinsen aus Vermögen	€	€	€	€
Leistungen der Ausbildungsförderung ☐ BAföG* ☐ BAB*	€	€	€	€
Leistungen der Pflegekasse: Pflegegeld Pflegesachleistungen Kombinationsleistung Entlastungsbetrag	€ € €	€€€	€ € €	€ € €
Sonstige Einkünfte: Art der Einkünfte:	€	€	€	€

Folgende Leistungen sind beantragt bzw. befinden sich im Widerspruchs-/Klageverfahren:

Sozialgesetzbuch Erwerbsunfähigkeit Berufsunfähigkeit Bundesversorgungsgesetz LAG = Lastenausgleichsgesetz
OEG = Opferentschädigungsgesetz
BAB = Berufsausbildungsbeihilfe
Bundesausbildungsförderungsgesetz SGB = EU = BU =

BVG =

^{*} Erläuterung der Abkürzungen:

V. Einkommen für das laufende Kalenderjahr

Es ist Einkommen vorhander	nein	□ja		
	1 Antragstellende Person	2 Ehegatt*in / Lebenspartner*in / Partner*in o.ä.	3 weitere Person im Haushalt	4 weitere Person im Haushalt
Name				
Vorname				
Bruttoarbeitseinkommen	€	€	€	€
Leistungen der Agentur für Arbeit / Jobcenter: Arbeitslosengeld I Arbeitslosengeld II Sozialgeld Unterhaltsgeld Ausbildungsgeld	€	€	€	€
☐ Kindergeld☐ Kinderzuschlag	€	€	€	€
☐ Wohngeld ☐ Lastenzuschuss	€	€	€	€
Leistungen der Rententräger / Knappschaft: Altersrente Unfallrente EU-Rente* BU-Rente* Witwen-/Witwerrente Renten nach dem BVG/LAG* Renten nach dem OEG* Übergangsgeld	€	€	€	€
Betriebsrente	€	€	€	€
Rente aus freiwilliger Versicherung	€	€	€	€
Pensionen	€	€	€	€
Leistungen der Krankenversicherung Krankengeld Mutterschaftsgeld	€	€	€	€
Elterngeld	€	€	€	€
Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit	€	€	€	€
Miet-, Untermiet- oder Pachteinnahmen	€	€	€	€
Unterhaltszahlungen von Angehörigen	€	€	€	€
Unterhaltsvorschuss	€	€	€	€
Zinsen aus Vermögen	€	€	€	€

	1 Antragstellende Person	2 Ehegatte*in / Lebenspartner*in / Partner*in o.ä.	3 weitere Person im Haushalt	4 weitere Person im Haushalt
Leistungen der Ausbildungsförderung ☐ BAföG* ☐ BAB*	€	€	€	€
Leistungen der Pflegekasse: Pflegegeld Pflegesachleistungen Kombinationsleistung Entlastungsbetrag	€ €	€ € €	€ € €	€ € €
Sonstige Einkünfte: Art der Einkünfte:	€	€	€	€

Folgende Leistungen sind beantragt bzw. befinden sich im Widerspruchs-/Klageverfahren:	

VI. Vermögen

Verfügen Sie über ein Konto?	□ nein □ ja, über folgende:				
	IBAN	BIC	Kontostand		
Girokonto # 1					
Girokonto # 2					
Konto im Ausland					
Sparkonto					
Sparkonto					
Es ist Vermögen vorhanden:	☐ nein ☐ ja - dann bitte	weiter ausfüllen:			
Ich besitze folgendes Vermögen:	Bargeld im Wert von € Wertpapiere im Wert von Genossenschaftsanteile im We Grundvermögen im Wert von Sterbegeld-, Lebens-, Renten- Bausparvertrag Sonstiges Vermögen: Sonstiges Vermögen im Auslan Aufgrund einer vertraglichen Ve Anspruch auf ein lebensl Anspruch auf eine monat einen Eigentumsanteil ar KFZ/Motorrad der Marke: Kilometerstand:	€ und/oder Unfallversiche nd: ereinbarung /eines Testa anges, unentgeltliches \ tliche Geldleistung in Hö	amentes habe ich Vohnrecht		
Ich habe in den letzten 10 Jahren Vermögenswerte veräußert, übergeben, verschenkt:	□ nein □ ja, und zwar: Zeitpunkt: Höhe: Empfänger: Art: □ Wertpapiere □ Haus- oder Grundbesitz (auch im Ausland) □ Barvermögen				
Nicht geklärte Ansprüche:	☐ aus Erbansprüchen ☐ aus Klageverfahren ☐ als Kriegsbeschädigter ☐ aus Unfall ☐ aus Klageverfahren ☐ aus Unfall ☐ aus Unf				

VII. Selbsteinschätzung

Wobei benötige ich Unterstützung?
W. I. I. III. I. I. I. I. I. I. I. I. I.
Welche Hilfe brauche ich?
Wer kann mir helfen?
Welche Hilfestellungen hatte ich schon?
Was soll sich mit der Hilfe in meinem Leben ändern?

VIII. Ausbildung und Arbeit

Schulischer Werdegang:						
von b	ois	Sc	chule		Ak	oschluss
					☐ nein	□ja
					nein	□ja
					nein	□ ja
Berufsausbildung:	_					
	ois	Ausbildung zur / z	ıım		Abschluss	2
VOII	310	/ Robindarig Zur / Z	.dili		nein	<u>,</u> □ ja
					☐ nein	□ ja
Zusatzqualifikation		<u> </u>				
abgeschlossen am		zur / zum				
Beruflicher Werdeg	ang:					
	ois	bei Firma		als		
Festgestellte Erwerbsunfähigkeit?	☐ nein	□ja				
Arbeitslos?	☐ nein	□ja				
Arbeitssuchend?	☐ nein	□ ja				
Üben Sie derzeit eine Beschäftigung aus?		☐ ja, täglich	Stunden			
Derzeitiger Arbeitsgeber						

IX. Gesundheit

Gesun	dheit	liche	Beeint	rächtigungen	
1.					
2.					
3.					
4.					
5.					
6.					
			handlu	ngen insbesondere der letzten 12 Monate	9
Name,	Vorna	ame			
Adress	е				
Fachric	chtung	g			
			liche B	ehandlungen insbesondere der letzten 1	2 Monate
Name,	vom	ame			
Adress	е				
Fachric	chtung	g			
				gen insbesondere der letzten 12 Monate	
Vor	n		Bis	Name und Anschrift des Krankenhauses	Abteilung/ Station
				aßnahmen insbesondere der letzten 12 M	
Vor	n		Bis	Name und Anschrift des Krankenhauses	Leistungsträger z.B. Rentenversicherung

Sofern mir fachärztliche Unterlagen und/oder Berichte über meine gesundheitliche(n) Beeinträchtigung(en) der Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen vorliegen, füge ich diese bei.

X. Mitwirkungspflichten

Mir ist bekannt, dass ich <u>sämtliche</u> Änderungen in meinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen <u>unverzüglich</u> dem Fachbereich Soziales und Senioren mitzuteilen habe. Dies gilt auch für Änderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen der mit mir zusammenlebenden Personen.

Insbesondere sind anzuzeigen:

- Änderungen in den Einkommensverhältnissen, z. B. Einkommen aus Arbeitstätigkeit (auch aus geringfügiger Beschäftigung), Renten, Leistungen des Arbeitsamtes, Kindergeld, Unterhalt, Wohngeld, sonstige Einkünfte in Geld oder Geldeswert. Dies betrifft auch Einkommen aus dem Ausland.
- Änderungen in den Vermögensverhältnissen, z. B. Bank- und Sparguthaben, Grundbesitz und sonstiges verwertbares Vermögen. Auch bei Vermögen im Ausland.
- Änderungen in den Familienverhältnissen
- Änderungen bei mit mir zusammenlebenden Personen (Ehemann, Ehefrau, Kinder, Lebenspartner, andere Personen)
- Aufnahme von Personen in meinen Haushalt oder Auszug von Personen
- Wohnungswechsel
- Finanzielle Unterstützungen oder Gewährung von Sachleistungen durch Dritte
- Heim-, Kur- oder Krankenhausaufenthalte
- Auslandsaufenthalte von mehr als 4 Wochen (28 Tage)

Außerdem beachte ich folgendes:

Unberechtigter Bezug von Eingliederungshilfeleistungen kann als Betrug bestraft werden.

Zu Unrecht erhaltene Beträge müssen zurückgezahlt werden.

Erklärung der antragstellenden Person

Mir ist bekannt, dass nach § 60 Abs. 1 Nr. 1 des Sozialgesetzbuches I (SGB I) diejenige Person, die Sozialleistungen beantragt oder erhält, alle Tatsachen anzugeben hat, die für die Leistung erheblich sind und auf Verlangen des Fachbereiches Soziales und Senioren der Erteilung von Auskünften durch Dritte zuzustimmen hat. Ich versichere, dass die Angaben im Antragsbogen und allen Zusatzblättern vollständig und wahr sind. Es ist mir bekannt, dass ich wegen unvollständiger oder unwahrer Angaben strafrechtlich belangt werden kann (§ 263 Strafgesetzbuch) und zu Unrecht erhaltene Leistungen erstatten muss.

Ich bin nach § 60 Abs. 1 Nr. 2 SGB I verpflichtet, unverzüglich und unaufgefordert alle Änderungen in den Verhältnissen mitzuteilen, die für die Leistungsgewährung erheblich sind, insbesondere z.B. alle Änderungen in den Einkommens-, Vermögens-, Familien- und Aufenthaltsverhältnissen (z.B. Wohnortwechsel, vorübergehende Abwesenheit, Krankenhausaufenthalt). Anzugeben sind auch nicht-sozialversicherungspflichtige Einkünfte. Änderungen sind auch mitzuteilen, wenn sie einen Haushaltsangehörigen betreffen.

Besonders bin ich auch darauf hingewiesen worden, dass ich den Fachbereich Soziales und Senioren informieren muss, wenn ich weitere Personen in meinen Haushalt aufnehme oder wenn Personen aus meinem Haushalt ausziehen.

Nach § 66 SGB I kann der Fachbereich Soziales und Senioren die Leistungen ganz oder teilweise versagen oder entziehen, wenn ich meinen Mitwirkungspflichten nicht nachkomme und dadurch die Aufklärung des Sachverhaltes erheblich erschwert wird

Sachverhaltes erheblich erschwert w	rird.
Datum:	_Datum:
Unterschrift	Unterschrift der gesetzlichen Vertretung

Zusatzblatt Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht sowie datenschutzrechtliche Einwilligung

Name:
Vorname:
GebDatum:
Anschrift:
Gesetzliche Vertretung :
Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung
Mir ist bekannt, dass das die Stadt Hildesheim für die Prüfung meines Antrages auf Eingliederungshilfe aktuelle Angaben über meinen derzeitigen Gesundheitszustand benötigt. Soweit meine Angaben und Unterlagen für eine sachgerechte Beurteilung der Gesundheitsstörungen nicht ausreichen, ist die Stadt Hildesheim auf weitere medizinische Unterlagen und Auskünfte der mich behandelnden Ärztinnen/Ärzte und Einrichtungen angewiesen, auch soweit diese von anderen Ärztinnen/Ärzten oder Einrichtungen erstellt worden sind.
In Kenntnis dessen willige ich ein, dass die Stadt Hildesheim bei den von mir im Antrag auf dem Zusatzblatt Gesundheit <u>angegebenen</u> oder aus den <u>überlassenen</u> Unterlagen ersichtlichen Ärztinnen/Ärzten, Psychologinnen/Psychologen, Krankenhäusern, Vorsorge- und Rehabilitations-einrichtungen, privaten Versicherungsunternehmen, Behörden, Sozialleistungsträgern und sonstigen Stellen sowie Personen, die ich angegeben habe, medizinische Unterlagen und Auskünfte in dem Umfang einholt, wie diese Aufschluss über meinen derzeitigen Gesundheitszustand geben können. Ich stimme der Verwertung der Unterlagen und Auskünfte zu und entbinde die genannten Ärztinnen/Ärzte und sonstigen schweigepflichtigen Personen insoweit von ihrer Schweigepflicht.
Mir ist bekannt, dass die Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung freiwillig ist und von mir jederzeit und ohne Angabe von Gründen widerrufen werden kann. Eine nachträgliche Beschränkung oder ein Widerruf wirken sich allerdings nicht für die Vergangenheit, sondern nur für die Zukunft aus. Die Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung gilt für dieses Verfahren und für ein sich gegebenenfalls anschließendes Widerspruchsverfahren.
Soweit ich damit nicht einverstanden bin, habe ich die Beschränkungen dieser Einwilligung nachstehend vermerkt. Ich weiß, dass die Stadt Hildesheim dann nur nach Lage des Akteninhalts prüfen und dies zu einem negativen Ergebnis für mich führen kann.
Meine Einwilligungserklärung beschränke ich wie folgt:
in zeitlicher Hinsicht:□ auf bestimmte Ärzte und Einrichtungen:□ sonstiges:

Kenntnisnahme weiterer Informationen

Ich nehme zur Kenntnis, dass die Stadt Hildesheim medizinische Daten, die bereits vorliegen oder die gemäß der Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung ermittelt wurden, an andere Sozialleistungsträger (zum Beispiel Krankenkassen, Agenturen für Arbeit, Renten- und Unfallversicherungsträger) für deren gesetzliche Aufgabenerfüllung oder für die Erfüllung eigener gesetzlicher Aufgaben sowie an Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit weitergeben darf. Zur eigenen Aufgabenerfüllung darf die Stadt Hildesheim diese medizinischen Daten auch an sonstige Dritte (zum Beispiel zu beauftragende Gutachter) übermitteln, wenn und soweit dies erforderlich ist. Die gesetzliche Grundlage hierfür ist § 69 Absatz 1 Nummer 1 und 2 i.V. m. § 76 Absatz 2 Nummer 1 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X).

Mir ist bekannt, dass ich einer solchen Weitergabe jederzeit ohne Angabe von Gründen formlos widersprechen kann.

Sofern zur Erfüllung von Aufgaben der Eingliederungshilfe eine zusätzliche Untersuchung durch das zuständige **Gesundheitsamt des Landkreises Hildesheim** erforderlich ist, stimme ich mit dieser Erklärung einer Untersuchung und der Übersendung des Untersuchungsergebnisses durch das zuständige **Gesundheitsamt des Landkreises Hildesheim** gegenüber der

Stadt Hildesheim

Fachbereich Soziales und Senioren

Bereich 50.2 Teilhabe und Rehabilitation

	r deliberation deliated and defineren			
	Bereich 50.2 Teilhabe und Rehabilitation			
zu.				
Diese Erklärung gilt zugleich al	s datenschutzrechtliche Einwilligung.			
Bitte vergessen Sie nicht, die Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung zu unterschreiben, damit die notwendige Sachverhaltsaufklärung durch die Stadt Hildesheim durchgeführt werden kann.				
Datum:	Datum:			
Unterschrift	Unterschrift der gesetzlichen Vertretung			



Merkblatt Informations- und Transparenzpflichten nach Artikel 13 ff Datenschutz – Grundverordnung (DSGVO) F1

Verantwortlicher i.S.d. DSGVO:

Stadt Hildesheim Fachbereich 50 Soziales und Senioren Hannoversche Straße 6 31134 Hildesheim Tel. 0049 5121 301-0

E-Mail: soziales@stadt-hildesheim.de

Sie haben einen Antrag auf Eingliederungs- oder Sozialhilfe gestellt.

Die von Ihnen gem. § 67a SGB X erhobenen Daten sind erforderlich, um zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Gewährung der beantragten Leistung vorliegen (§ 60 Abs. 1 SGB I). Bei fehlender Mitwirkung kann ohne weitere Ermittlungen die Leistung bis zur Nachholung ganz oder teilweise versagt oder entzogen werden (§ 66 SGB I).

Die Datenverarbeitung und -nutzung erfolgt nach den Vorschriften der §§ 117 ff SGB IX i.V.m. §§ 67 ff SGB X i.V.m. Art. 6 Abs. 1 c) DSGVO. Ihre Daten können von o.g. Verantwortlichen im Rahmen der Aufgabenerfüllung gem. §§ 67d ff SGB X an Dritte übermittelt werden, z. B. an andere Sozialleistungsträger i.S.d. § 35 SGB I, Gerichte, Strafverfolgungsbehörden, Haftpflichtversicherungen sowie entsprechende Stellen in anderen EU-Ländern.

Die Daten werden auch für statistische Zwecke verwendet (§§ 143 ff SGB IX).

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben gemäß § 84 SGB X für die Abwicklung der Leistungsansprüche sowie möglicher Erstattungs- und Regressansprüche erforderlich ist.

Längstens 10 Jahre nach Beendigung Ihres Leistungsbezuges.

Gegenüber dem Verantwortlichen können folgende Rechte geltend gemacht werden:

- Recht auf Auskunft
- Recht auf Berichtigung oder Löschung, soweit keine gesetzlichen Aufbewahrungs- und Archivierungsvorschriften einer Löschung entgegenstehen
- Einschränkung der Verarbeitung
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung

Den*die Datenschutzbeauftragten des o.g. Verantwortlichen erreichen Sie per E-Mail unter

datenschutz@stadt-hildesheim.de

bzw. postalisch unter

Stadt Hildesheim
Datenschutzbeauftragter
Markt 2
31134 Hildesheim

Darüber hinaus können Sie sich an die Niedersächsische Aufsichtsbehörde für den Datenschutz (Landesbeauftragte für den Datenschutz) wenden und dort ein Beschwerderecht geltend machen. Beschwerden richten Sie bitte an die/den Landesbeauftragte(n) für den Datenschutz Niedersachsen, Prinzenstraße 5, 30159 Hannover, www.lfd.niedersachsen.de.